

Vertrauensbeweis der Bevölkerung

Regierung zeigt sich erfreut über das Abstimmungsergebnis zur 1:85-Initiative und sieht sich bestätigt.

Urs Moser

Das Stimmvolk will nichts davon wissen, eine verbindliche Obergrenze für den Personalbestand in der kantonalen Verwaltung zu setzen und die Personalentwicklung an das Bevölkerungswachstum zu koppeln. Die 1:85-Initiative der FDP wurde mit 55,5 Prozent Neinstimmen recht deutlich abgelehnt.

Heute sind rund 3500 Personen beim Staat angestellt. Das heisst in der Zentralverwaltung, bei der Polizei, den Gerichten oder an kantonalen Schulen. Nicht zum Staatspersonal im Sinn der 1:85-Initiative gerechnet werden die Lehrkräfte an den Volksschulen und das Spitalpersonal.

Damit ist das von der Initiative vorgegebene Verhältnis von einer Vollzeitstelle pro 85 Einwohnerinnen und Einwohnern aktuell bereits überschritten. Wäre die Initiative angenommen worden, hätten rund 150 Stellen abgebaut werden müssen.

Sehr klares Nein kam aus Solothurn und Olten

Das dürfte wohl ein Hauptgrund für das Scheitern der Initiative gewesen sein. Die Gegner hatten im Abstimmungskampf davor gewarnt, dass es bei einer Annahme zu reihenweisen Entlassungen beim Kanton und einem empfindlichen Abbau der staatlichen Dienstleistungen kommen würde (was die Initianten allerdings vehement bestritten).

Bei einer hohen Stimmbeteiligung von knapp 55 Prozent ist das Ergebnis mit 54 649 Nein-gegen 43 876 Jastimmen nicht gerade eine Blamage für die Freisinnigen (Kantonsrat und Handelskammer-Direktor Daniel Probst spricht sogar von einem «grossen Erfolg»), aber doch eindeutig. Die Initiative wurde in allen zehn Bezirken abgelehnt, eine Ja-Mehrheit gab es in 22 Gemeinden.

Ein regionaler Schwerpunkt ist dabei nicht auszumachen, einzelne Ja-Mehrheiten gab es über den ganzen Kanton verteilt. Auffallend deutlich war die Ablehnung in den Städten Olten mit 62 und Solothurn mit sogar fast 66 Prozent Neinstimmen.



Landammann Peter Hodel kommentiert das Abstimmungsergebnis vor den Medien.

Bild: José R. Martinez

Auch das bürgerlich geprägte Grenchen lehnte die Initiative ab, aber mit «nur» gut 53 Prozent Neinstimmen.

Vertrauensbeweis für Regierung und Verwaltung

Landammann Peter Hodel zeigte sich am Sonntag selbstredend erfreut über das Ergebnis, die Regierung hatte vor der Initiative gewarnt, sie lege ihr ein zu starres Korsett um und sei faktisch kaum umzusetzen – schon gar nicht ohne empfindlichen Leistungsabbau.

Mit dem deutlichen Abstimmungsergebnis habe die Stimmbewölkerung ihr Vertrauen gegenüber Regierung und Verwaltung zum Ausdruck gebracht, so Hodel. Man habe aufzeigen können, dass der Kanton Solothurn bereits über eine schlanke Verwaltung verfügt, die ihre Aufgaben effizient erledigt.

Selbstverständlich nehme man das nun aber nicht als Freibpass für ein ungezügelt Personalwachstum. Im Gegenteil sehe sich der Regierungsrat in

der Pflicht, in der angespannten Finanzlage weiterhin umsichtig mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umzugehen und auch den Personalbestand und das Leistungsangebot der Verwaltung immer wieder zu überprüfen. Hodel erwähnte am Sonntag einmal mehr, dass das Wachstum der vergangenen Jahre schwergewichtig auf neue Aufträge zurückzuführen sei, die der Kantonsrat der Verwaltung erteilt hat.

Gegenüber dem aktuellen Stand hätte die 1:85-Initiative zu einer Reduktion des Personalaufwands um rund 20 Millionen geführt. Nachdem man für das laufende Jahr ein Defizit von 112 Millionen budgetieren musste, hat der Regierungsrat unabhängig davon ein Sparmassnahmenpaket im Umfang von mindestens 60 Millionen angekündigt.

Eine erste Auslegeordnung dazu sei gemacht, näher ging Finanzdirektor Hodel am Sonntag aber noch nicht auf den Inhalt des Massnahmenplans ein. Aber

ja: Selbstverständlich werde es auch hier nicht ohne Abstriche bei den erbrachten Leistungen gehen.

Gegen die Initiative hatten sich die Personalverbände, die SP und die Grünen in einem Komitee vereinigt. Auch die Mitte-Partei hatte sich dagegen ausgesprochen.

Votum für einen leistungsfähigen Kanton

Das Gegenkomitee wertete das Abstimmungsergebnis am Sonntag als «Votum für einen leistungsfähigen und effizienten Kanton Solothurn». Die Initianten hätten zu keinem Zeitpunkt benennen können, wo genau sie in der kantonalen Verwaltung verorten oder welche Leistungen sie streichen möchten. Man hoffe, dass die Initianten nun einsehen, dass das Solothurner Staatspersonal gut und effizient arbeite und der Kanton zu einem der effizientesten in der Schweiz gehöre.

SP-Kantonsrat Matthias Stricker, Präsident des Lehrkräfte-

verbands: «Die Stimmberechtigten haben ein starkes Zeichen gesetzt, dass die Initiative unnötig war und der Bevölkerung und den Gemeinden massiv geschadet hätte.» Für Kantonsrätin Marlene Fischer von den Grünen hat «die Bevölkerung erkannt, dass die starre Quote für das Staatspersonal unrealistisch war und Massenkündigungen zur Folge gehabt hätte». Das FDP-Rennpferd habe sich bös vergaloppiert, so die Grünen. Der Abstimmungssonntag habe gezeigt, dass die Partei «mit Staatsdemontagethemen der SVP nicht punkten kann».

«Erleichtert» meldete sich am Sonntag auch die EVP zu Wort. «Die Initiative war der falsche Ansatz», so Kantonsrat André Wyss. Die Zahl der benötigten Staatsangestellten sei abhängig von den Aufgaben, die die Politik vom Staat verlangt, nicht von der Einwohnerzahl. Die gut 44 Prozent Jastimmen seien aber auch ein Auftrag, die Grösse der Verwaltung massvoll zu halten.

Kommentar

Es braucht mehr als den Rasenmäher

Weder glauben die Solothurnerinnen und Solothurner, dass ihr Staat aufgebläht ist, noch hören sie in der Kantonsverwaltung den Amtsschimmel wiehern: Das zeigt das Resultat zur 1:85-Initiative der FDP. Sie wurde mit 55,5 Prozent Nein-Stimmen klar verworfen. Das ist ein Vertrauensbeweis für das Staatspersonal: Offensichtlich ist die Bevölkerung zufrieden mit der Leistung, die sie für ihr Steuergeld geboten erhält.

Abgehakt ist die Debatte um das Leistungsangebot der Verwaltung damit aber nicht: Die Kantonsfinanzen sehen nicht gut aus. Die Frage, wo gespart werden kann, bleibt auf dem Tisch. Dass dieser Punkt nicht einfach wegzuwischen ist, zeigt sich an den doch 44 Prozent Ja-Stimmen.

Offensichtlich aber hielt die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger eine fixe Quote, mit der quasi rasenmäherartig über den Stellenetat gefahren wird, für ein untaugliches Mittel. Die Stimmbewölkerung will nicht ein holzschnittartiges Vorgehen. Sie vertraut der Regierung, die Sparwillen bekundet und Massnahmen in die Wege geleitet hat. Und die Bevölkerung überlässt es letztlich demjenigen Gremium, abzuwägen und das richtige Mass zu finden, das genau dafür gewählt ist: Nämlich dem Kantonsrat.

In der Vergangenheit allerdings hatten es genau dort Sparbemühungen sehr schwer, auch wurden immer wieder neue Stellen mit Billigung – oder gar Aufträgen – des Kantonsrates geschaffen. Die Kantonsräte müssen sich da nun selbst in die Pflicht nehmen.



Lucien Fluri
lucien.fluri@chmedia.ch

«Eher ein Denkwort für den Regierungsrat»

FDP-Präsident Stefan Nünlist ist mit dem Abstimmungsergebnis gar nicht so unzufrieden.

Urs Moser

Ein Vertrauensbeweis für Regierung und Verwaltung? FDP-Präsident Stefan Nünlist sieht das etwas anders. «Man sollte das Ergebnis eher als Denkwort für den Regierungsrat bezeichnen.» Die Freisinnigen nehmen dieses Ergebnis mit gut 44 Prozent Jastimmen durchaus mit Genugtuung zur Kenntnis, immerhin hätten sie damit deutlich über ihren Wähleranteil hinaus mobilisiert, so Nünlist.

Selbstredend ist es für die Freisinnigen natürlich dennoch bedauerlich, dass nach einer knappen Mehrheit des Kantonsparlaments nun auch die Mehrheit der Stimmenden den Argumenten der Regierung gefolgt ist. Weder der Regierungsrat noch die ablehnenden Parteien hätten sich konstruktiv mit dem Anliegen der 1:85-Initiative und den Argumenten auseinandergesetzt, kritisiert die FDP. Stattdessen sei Angst gesät und mit dem Verlust von Arbeitsplätzen

und dem Abbau von Dienstleistungen in Schulen und bei der Polizei gedroht worden.

Die Freisinnigen nehmen für sich in Anspruch, zumindest auf das Problem des ungezügelt Staatswachstums hingewiesen und damit schweizweit Resonanz erfahren zu haben. Dass über 44 Prozent der Solothurnerinnen und Solothurner ihre Sorge teilen, sei erfreulich. «Das ist ein Achtungserfolg und ein starkes Signal, dass die Bürokratie nicht überbordend darf», findet Präsi-

dent Nünlist. Die FDP will den Fokus nun auf das vom Regierungsrat angekündigte Sparpaket im Umfang von 60 Millionen Franken und die laufende Aufgabenüberprüfung legen, auf die auch im Abstimmungskampfer immer wieder hingewiesen wurde. Der Regierungsrat stehe nun in der Pflicht, beides zügig voranzutreiben. Und auch die Parteien und die Gewerkschaften müssten nun «Farbe bekennen».

Die FDP bleibt unabhängig vom Abstimmungsergebnis da-

bei: «Ein ständig wachsender Staat führt zu höheren Steuern und Gebühren und beschränkt die Freiheit und Selbstverantwortung des Einzelnen.»

Die freisinnige Kantonsratsfraktion werde nun explizit darauf achten, dass mit dem anstehenden Sparpaket nicht vorwiegend Leistungen auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger reduziert werden, «sondern auch der Staat bei sich selbst spart und seinen Beitrag leistet».

Nachricht

Stau wegen Auffahrunfällen

Autobahn A1 Am Samstag kam es fast zeitgleich zu zwei Auffahrkollisionen bei Flumenthal Richtung Zürich und bei Wiedlisbach Richtung Bern. Es waren je vier Fahrzeuge involviert, drei Personen wurden dabei leicht verletzt. Beim ersten Unfall bei Flumenthal bemerkte ein 33-jähriger Autofahrer zu spät, dass der Verkehr vor ihm stockte. Gleich ging es wenige Minuten später einem 87-jährigen auf der Überholspur bei Wiedlisbach. Fünf Fahrzeuge mussten insgesamt abgeschleppt werden. (pks)